

den die zersplitterte Branche womöglich in ein paar Jahren unter sich aufteilen Szenario zwei: Fusionen werden weiterhin streng kontrolliert – und in den meisten Fällen untersagt. Zusammenschlüsse wie in Essen/Dortmund, Aachen, Bremen oder Stuttgart, die allesamt vor dem Fusionskontrollgesetz entschieden wurden, werden auch in Zukunft nicht erlaubt. Im Gegenzug müssten Bund und Länder ein Paket aus Steuererleichterungen, Bürgerprogrammen oder Subventionen für gefährdete Zeitungshäuser entwickeln.

Entsprechende Modelle sind in anderen europäischen Staaten bereits Realität. So erhebt Frankreich einen Mehrwertsteuersatz auf die Vertriebslöse von Presseerzeugnissen von nur 2,1 Prozent. Außerdem gibt es ein Förderprogramm für angeschlagene Zeitungen. Schweden unterstützt den Pressevertrieb, um die landesweite Zeitungsverbreitung zu sichern. In Österreich kassieren die Zeitungen Subventionen direkt vom Staat.

Mit der Landesbürgerschaft für die verlustreiche „Frankfurter Rundschau“ gibt es auch in Deutschland erstmals direkte Hilfen vom Staat, in Hessen pikanterweise vom sonstigen politischen Gegner des Blattes, Ministerpräsident Roland Koch (CDU). Fragt sich, wie unabhängig Zeitungen noch über jenen Staat berichten sollen, der ihnen finanziell aus der Klemme hilft.

Szenario drei: Es bleibt alles beim Alten. In diesem Fall werden in Deutschland, der weltweit vielfältigsten Zeitungslandschaft, zahlreiche Titel vom Markt verschwinden oder zumindest – offen oder versteckt – ihre Unabhängigkeit verlieren.

Verleger wie Eberhard Ebner („Südwest Presse“, „Stuttgarter Zeitung“, „Stuttgarter Nachrichten“) werden dann andere Wege finden, um ihren Einfluss zu vergrößern: Der Zeitungsfürst aus Ulm verzichtete vergangenes Jahr nach Prüfung des Kartellamts auf den Kauf des „Haller Tagblatts“. Stattdessen kam Claus Detjen bei dem Blatt aus Schwäbisch Hall zum Zuge. Detjen ist Ebners Ex-Manager und ließ sich mit Darlehen aus dessen Verlag helfen.

Für den Berliner Zeitungskrieg kommen solche Diskussionen und daraus womöglich folgende Maßnahmen so oder so zu spät, ganz egal, wie der Minister entscheidet. Befürwortet er die Fusion, droht Springer-Chef Döpfner die „Welt“ einzustellen, lehnt Clement den Zusammenschluss ab, will der Verleger Stefan von Holtzbrinck seinen „Tagesspiegel“ dichtmachen. Clement kennt das schon aus den siebziger Jahren. Die damals beschworenen „wirtschaftlichen und technischen Kooperationsmaßnahmen“ seiner „Westfälischen Rundschau“ mit dem Konkurrenten aus Essen haben zur „Zeitungs Vielfalt“ und „Unabhängigkeit“ wenig beigetragen. Mit der Vorherrschaft der „WAZ“ an Rhein und Ruhr entstand das größte regionale Pressemonopol des Landes.

FRANK HORNIG

TV-DOKUMENTATION

Voll in die Presse

Ein TV-Porträt über Dänemarks Premier düpiert Europas Regierungschefs. Das Beispiel zeigt: Manchen Politikern sind die eigenen Inszenierungen wichtiger als deren politische Folgen.

Die Szene beginnt harmlos: Gelangweilt stehen der dänische Premier Anders Fogh Rasmussen und sein Außenminister Peter Stig Møller vor einem Konferenzzentrum in Kopenhagen und warten auf den designierten türkischen Premier Recep Tayyip Erdogan. Genervt vertreiben sich die beiden Dänen die Wartezeit mit Small Talk, unter anderem über die Beitrittschancen der Türkei zur EU.

niemand gemerkt, dass die geheim gehaltenen Gespräche aufgezeichnet wurden. Die Medien dagegen nahmen den unbemerkten Lauschangriff zum Entsetzen der Betroffenen lustvoll auf – europaweit ging's voll in die Presse.

Nun herrscht Aufregung unter Europas Politikern und Diplomaten: Von einem „Tabubruch“ ist die Rede, von einem „diplomatischen Skandal“ und „irreparablen Schaden“. Die angeblichen Äußerungen Fischers lösten Empörung in Ankara aus und einen Eklat im dänischen Parlament. Von einem „unfreundlichen Akt“ gegenüber den deutschen Nachbarn ist die Rede und vom „Ende jeder seriösen internationalen Diplomatie“.

Der dänische Ministerpräsident allerdings dürfte von der Brisanz des Films nicht überrascht sein: Schließlich bekam er ihn vor Ausstrahlung zu sehen und gab ihn frei – inklusive der für seine Kollegen kompromittierenden Szenen. Fogh selbst dagegen erscheint im besten Licht: als harter Verhandler,

der sich von den größeren Nachbarländern nicht einschüchtern lässt. Eine gelungene Selbstinszenierung für vier Millionen dänische Fernsehzuschauer – und Wähler.

Selten zuvor hat ein Politiker so kompromisslos versucht, die eigene Medienwirkung auch auf Kosten politischer Partner und Parteifreunde zu entfalten. Zwar unterschätzte Fogh offenbar die Wirkung des Films. Doch das Beispiel zeigt: Längst hat sich das Schlagwort von der Mediendemokratie so in den Politikerköpfen festgesetzt, dass selbst offensichtlich drohende politische Folgen nicht ins Gewicht fallen, wenn es darum geht, im Fernsehen gut auszusehen.

Gerade der Bundestagswahlkampf mit Medienkanzler, Medienmanagern und TV-Duellen hat gezeigt, dass die Politik die neuen Spielregeln zutiefst verinnerlicht hat: Im Land des Hecheln nach Umfragewerten und Stimmungsbarometern erreicht ein gelungener Fernsehauftritt mehr Wähler als alle Stadthallen-Auftritte zusammen.

So lässt sich dann auch der Bundeskanzler schon mal nicht nur zu einem



TV-Macher Guldbrandsen: „Je erfolgreicher, umso offener“

„Hab ich dir schon erzählt, dass Joschka Fischer zu diesem Thema drei unterschiedliche Meinungen in nur zwölf Stunden hat?“, sagt Møller unvermittelt zu seinem Regierungschef. Erst habe der deutsche Kollege ihm gesagt, Ankara könne „niemals richtiges Mitglied werden“. Die Union müsse „eine andere Art von Mitgliedschaft finden“, berichtet Møller amüsiert. Dann wieder habe Fischer gesagt, „vergiss es, ich habe nur laut gedacht“. Ein schadenfrohes Grinsen huscht über Foghs Gesicht.

Die Szene stammt aus einem TV-Porträt über den dänischen Ministerpräsidenten, erstmals vergangenen Dienstag im dänischen Fernsehen ausgestrahlt. Drei Monate war Fogh von dem jungen Filmemacher Christoffer Guldbrandsen, 32, während der dänischen EU-Präsidentschaft begleitet worden. Die Dokumentation sollte zeigen, wie Politik wirklich gemacht wird – abseits der öffentlichen Bühne, hinter den Kulissen.

Stattdessen zerrte das TV-Projekt die halbe politische Elite Europas von Fischer bis Jacques Chirac ins Rampenlicht – unfreiwillig und unvorteilhaft. Bis auf Fogh hatte

Abend auf der Couch bei „Wetten, dass ...?“ hinreißen, sondern absolviert auch einen Gastauftritt im Vorabendprogramm für die Herzschmerz-Soap „Gute Zeiten, schlechte Zeiten“. Und FDP-Chef Guido Westerwelle ging gleich zu „Big Brother“ in den Container: Zwei Dutzend Kameras sind effektiver als eine. Der Kommunikationswissenschaftler Andreas Dörner nennt solche Auswüchse „politisches Cheerleading“.

Dennoch ist es eher unwahrscheinlich, dass sich ein Fall Fogh in der deutschen Politik- und Medienlandschaft wiederholen könnte. „Bei uns ist das absolut unvorstellbar“, sagt der Dokumentarfilmer Thomas Schadt, der für sein Schröder-Porträt „Kanzlerbilder“ mit einem Grimme-Preis ausgezeichnet wurde. Hochrangige Politiker seien stets auf „absolute Kontrolle“ bedacht, ein offenes Mikro käme nicht in Frage. Den Kanzler habe er nur mit Hilfe seiner Büroleiterin nach endlosem Drängen überzeugen können, sich einmal für eine halbe Stunde ein Sendemikrofon anzustecken.

Aber auch der dänische Filmemacher hatte nicht mit einem so durchschlagenden Ergebnis gerechnet. Die ersten vier Wochen an Foghs Seite verliefen eher langweilig. Goldbrandsen wartete meist vor verschlossenen Türen. „Ich war schon fast so weit, das ganze Projekt zu kippen“, erzählt er, als Fogh dann doch Vertrauen fasste und ihn für die letzten 50 Tage dicht an sich ranließ: „Je erfolgreicher die Präsidentschaft zu werden schien, umso offener wurde er.“

Die ungewöhnliche – und weitgehend unbemerkte – Recherche mit offenem Mikrofon förderte Pikantes und Brisantes zu Tage. So beschwert sich der dänische Premier auch über Schröder, als dieser – die EU-Verhandlungen mit Polen standen gerade auf der Kippe – zu einer bilateralen Unterredung mit Polens Regierungschef Leszek Miller zusammenkommt. „Das ist nicht akzeptabel“, faucht Fogh. „Das stört gewaltig“, pflichtet ihm EU-Kommissionspräsident Romano Prodi bei. Und EU-Kommissar Günter Verheugen befürchtet, neben Polen könnte auch Tschechien preisgegeben werden, da die sich bei den Verhandlungen immer am nördlichen Nachbarn orientieren: „Wir verlieren zwei Länder mit 50 Millionen Menschen.“

Der Däne droht mit Konsequenzen: „Dann muss Schröder eben mehr zahlen.“



Fogh, Putin



Fogh, Schröder



Prodi, Fogh, Javier Solana



Chirac, Fogh

Europäische Spitzenpolitiker: Unbemerkter Lauschangriff

An anderer Stelle macht sich Fogh über die Verhandlungsfähigkeit des deutschen Kanzlers lustig, der statt über Agrarsubventionen an Polen doch eigentlich das Wochenende zusammen mit Ehefrau Doris verbringen wollte. „Wir kennen seine Grenzen“, frohlockt der Däne im engsten Kreis, „es ist seine Entscheidung, ob er das ganze Wochenende über Kühe sprechen will oder mit seiner Frau nach London fährt.“ Und: „Ich weiß, wie meine Frau reagieren würde.“ Die Runde feixt.

Akribisch dokumentiert der einstündige Film auch den politisch brisanten Hintergrund der Verhandlungen über das Verhältnis zwischen EU und der russischen Exklave Kaliningrad. Nach einem Spitzengespräch in Brüssel wollen Russlands Präsident Wladimir Putin und Fogh die Ergebnisse auf einer Pressekonferenz verkünden. Doch der Russe sperrt sich. Er möchte die Fragesteller durch seinen eigenen Sprecher auswählen lassen, um unangenehme Fragen zu Tschetschenien zu verhindern.

Fogh ist wütend. „Wir leben in einem freien Land, wir haben eine freie Presse“, faucht der Däne bei einem Vorgespräch und lässt sich auch durch eine Boykottandrohung Putins nicht erschrecken. „Wir geben nicht nach. Das ist die Antwort. Dann muss er wegbleiben.“ Auf der Pressekonferenz zeigt sich Putin erkennbar verärgert, auch über die Reporter. „Das sind Banditen, alle wie sie da sind“, sagt der Russe, als er mit Fogh den Saal verlässt.

Für den Zuschauer ist das spannend, aber für den Polit-Betrieb gefährlich: Informell und in kleiner Runde werden auf EU-Ebene die meisten Entscheidungen angestoßen. Entsprechend sind Tonaufnahmen auf den Gängen und Fluren des EU-Rates verboten. Aber offenbar ist Vertraulichkeit nicht der einzige Grund.

„Diese Gepflogenheiten sind da, damit ein gesittetes Bild nach außen dringt“, sagt ein erfahrener EU-Ratsbeamter. Denn hinter den Kulissen pöbeln und fluchen die Polit-Stars gern und ungeniert.

Entsprechend verstört sind dann doch viele EU-Diplomaten über die dänische Nonchalance. „Fogh hat hier eindeutig die Grenzen überschritten“, urteilt der Chefsprecher der EU-Kommission Reijo Kemppinen. „Aber das“, fügt der Finne verschmitzt hinzu, „tun die Dänen doch immer.“

MANFRED ERTTEL,
SYLVIA SCHREIBER, THOMAS SCHULZ

FOTOS: CHRISTOFER GULDBRANDSEN